

Fragestunde

767. SPD-Fraktion**Abgeordnete Inka Gossmann-Reetz**- „Identitäre Bewegung“ auf dem Vormarsch? -

Bisher galt die „Identitäre Bewegung“ in Brandenburg als „Randphänomen innerhalb der rechten Szene“, die kaum bekannt ist und nur wenige Unterstützer hat (vgl. Antwort auf die Frage 547 vom 9. Juni 2016). Seit einiger Zeit treten ihre Mitglieder nun neben Internetaktivitäten zunehmend durch organisierte „Flashmobs“ in Erscheinung. Medialer Höhepunkt war die vorübergehende Besetzung des Brandenburger Tors im vergangenen Sommer. In Birkenwerder und in Hohen Neuendorf sind in den vergangenen Wochen zudem vermehrt Aufkleber der IB mit der Kampagne „Gegen den großen Austausch“ aufgetaucht.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Welche aktuellen Erkenntnisse hat sie über die Aktivitäten der „Identitären Bewegung“ im Land Brandenburg (insbesondere seit der Antwort auf die Mündliche Anfrage 547 vom 9. Juni 2016)?

768. CDU-Fraktion**Abgeordneter Sven Petke**- Abfluss der Mittel beim Kommunalen Investitionsprogramm des Landes -

Mit dem Haushalt 2015/16 hat der Landtag die haushalterischen Grundlagen für das Kommunale Investitionsprogramm des Landes im Umfang von 130 Mio. Euro beschlossen. Mit diesem Programm sollen vor dem Hintergrund des Investitionsstaus in der Infrastruktur die kommunale Bildungsinfrastruktur mit 80 Mio. Euro, die kommunale Verkehrs- und Feuerwehrinfrastruktur mit 35 Mio. Euro und die kommunale Freizeit- und Sportinfrastruktur mit 15 Mio. Euro gefördert werden.

In der Haushaltsdebatte im März 2015 hat Finanzminister Christian Görke die Bedeutung dieser Investitionsmittel für die Kommunen hervorgehoben: „Ziel dieses ehrgeizigen Programms ist neben einer steigenden Investitionstätigkeit eine nachhaltige Verbesserung der landesweiten Strukturen und damit natürlich auch der unmittelbaren Lebensqualität der Brandenburgerinnen und Brandenburger. [...] Wir helfen damit den Kommunen und Vereinen, der Feuerwehr vor Ort und vielen anderen. Wir helfen konkret dort, wo die Brandenburgerinnen und Brandenburger es merken, nämlich da, wo sie leben und arbeiten.“

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Mittel in wie vielen Einzelfördermaßnahmen in den einzelnen Programmteilen (Bildung, Verkehr, Feuerwehr, Sport) sind bisher abgeflossen?

769. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Marco Büchel**- Vereinbarkeit der Dienstleistungsrichtlinie mit dem Subsidiaritätsprinzip -

Derzeit liegt als Bestandteil des sogenannten Dienstleistungspakets, das die Europäische Kommission am 10.01.2017 vorstellte, die Richtlinie 2006/123/EG (sog. Dienstleistungsrichtlinie) vor. Die Dienstleistungsrichtlinie sieht vor, dass bestimmte nationale Rechtsvorschriften der EU-Mitgliedstaaten, die die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit einschränken, keine Diskriminierung auf Grund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes enthalten dürfen, dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen und darüber hinaus durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses gerechtfertigt sein müssen. Zur Gewährleistung der Erfüllung dieser Maßgaben legt die Dienstleistungsrichtlinie fest, dass die EU-Mitgliedstaaten neue oder geänderte Genehmigungsregelungen oder bestimmte neue oder geänderte Anforderungen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen, der Europäischen Kommission mitteilen müssen.

Die Einführung eines präventiven Kontrollmechanismus im Rahmen des Notifizierungsverfahrens betrifft unmittelbar Gesetzgebungskompetenz der Länder.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips die sogenannte Dienstleistungsrichtlinie?

770. AfD-Fraktion**Abgeordneter Steffen Königer**- Einsatz von Schulcontainern in Brandenburg -

Die Schulplanung vieler Kommunen scheint absolut realitätsfern und ohne Puffer oder Reserve für kommende Schuljahre ausgerichtet nach Mindeststandard. Die schnelle Lösung der Brandenburger Bildungspolitik heißt Schulcontainer.

Ich frage die Landesregierung: An wie vielen Schulen Brandenburgs (Grundschulen, Oberschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Förderschulen, Oberstufenzentren) werden Schulcontainer als Klassenraumersatz eingesetzt?

771. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordneter Benjamin Raschke**- Sicherstellung der Arbeit der Biberbeauftragten -

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft unterstützt ein aktives Bibermanagement und hat dafür ein 7-Punkte-Programm aufgelegt. In Umsetzung des 7-Punkte-Programms zum Bibermanagement haben am 15. September 2015 die beiden Biberbeauftragten für das Land Brandenburg im Ministerium ihre Arbeit aufgenommen. Informationen von Umweltverbänden zufolge sollen die Stellen auf Grund der Inanspruchnahme von Elternzeit bzw. einem Austritt aus dem Arbeitsverhältnis in naher Zukunft bzw. bereits schon heute unbesetzt sein.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird die Arbeit der Biberbeauftragten zukünftig abgesichert?

772. BVB / FREIE WÄHLER Gruppe**Abgeordnete Iris Schülzke****- Lkw-Kartell und Feuerwehrbeschaffungskartell -**

Die Nutzfahrzeughersteller Daimler, Iveco, DAF, MAN und Volvo/Renault haben nicht nur jahrelang illegal die Verkaufspreise abgesprochen, sondern sich auch auf einen Zeitplan zur Einführung von Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffausstoßes geeinigt.

Sie haben sich durch ihre Absprachen dem Konkurrenzdruck entzogen, was eindeutig zulasten der Kunden, somit auch zu Lasten unserer Gemeinden ging. Damit sind Käufer und Leasingnehmer massiv geschädigt worden.

Das Lkw-Kartell brachte MAN 2011 durch Selbstanzeige zur Strecke.

Wenn zwischen 1997 und 2011 ein Lkw mit mehr als sechs Tonnen Gesamtgewicht der genannten Marken gekauft oder geleast worden ist, kann Schadensersatz eingefordert werden.

Für die Regulierung der Schadensersatzansprüche aus dem Lkw-Kartell und auch aus dem Feuerwehrbeschaffungsskandal haben die betroffenen Hersteller jeweils freiwillige Regulierungsfonds aufgelegt.

Ich frage die Landesregierung: Wo und wie müssen die Gemeinden und weiteren Betroffenen des Lkw-Beschaffungsskandal und des Feuerwehrbeschaffungsskandal ihre Ansprüche geltend machen?

773. SPD-Fraktion**Abgeordnete Klara Geywitz****- Nahverkehrstickets im Fernverkehr -**

In Brandenburg können derzeit mehrere ICE/IC zwischen Cottbus und Potsdam und zwischen Berlin und Prenzlau mit VBB-Nahverkehrstickets genutzt werden. Die Vergabekammer Westfalen hat kürzlich eine Direktvergabe zur Anerkennung von Nahverkehrstarifen im Schienenpersonenverkehr des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe und des Verkehrsverbundes Nordhessen für die IC-Linie zwischen Dortmund und Kassel untersagt. Die Vergabekammer sieht in der Direktvergabe eine verschleierte Beauftragung der DB AG, die rechtlich nicht statthaft sei. Da sich die tariflichen Konstrukte ähneln, könnte die Entscheidung der Vergabekammer Westfalen für künftige Ausschreibungen und Tarife richtungsweisend sein und damit auch Auswirkungen auf tarifliche Regelungen im VBB haben.

Ich frage die Landesregierung: Ist die Nutzung von ICE und IC in Berlin und Brandenburg mit Nahverkehrstickets gefährdet?

774. CDU-Fraktion**Abgeordneter Uwe Liebehenschel****- Sofort-Hilfe für die Grundschule Schwärzensee -**

Die Grundschule Schwärzensee im brandenburgischen Viertel der Stadt Eberswalde liegt in meinem Wahlkreis. Das brandenburgische Viertel gilt als sozialer Brennpunkt. Tatsächlich gibt es viele Schüler mit besonderen Förderbedarfen. Die Lehrer und insbesondere die Schulleiterin gehen mit diesen Herausforderungen sehr engagiert um. Selbst ihr großes Engagement kann aber nicht die schlechten Rahmenbedin-

gungen ausgleichen, die derzeit dazu führen, dass offenbar in einigen Klassen nur schwer normaler Unterricht stattfindet. Obwohl die Schülerzahl nach Auskunft betroffener Eltern von einem Schuljahr zum nächsten um fast 100 Schüler - darunter viele fremdsprachige Kinder - gestiegen sei, arbeiteten an der Schule heute nicht mehr Lehrer als zuvor. Mindestens vier Lehrerstellen seien unbesetzt. Zwischen 50 bis 100 Unterrichtsstunden würden jede Woche ausfallen. Einige Klassen müssten immer wieder auf andere Jahrgangsstufen aufgeteilt werden, um den Unterricht wenigstens zum Schein zu vertreten. Mindestens eine vierte Klasse habe seit längerer Zeit gar keine Klassenlehrerin mehr.

Ich frage die Landesregierung: Welche kurzfristigen Maßnahmen unternimmt sie, um der Grundschule Schwärzensee so schnell wie möglich zu helfen und allen Kindern die Schulbildung zu ermöglichen, auf die sie ein Anrecht haben?

775. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kathrin Dannenberg

- Schulzentren in Brandenburg -

Im Sommer 2016 hat die Landesregierung das Konzept zur Stärkung von Schulzentren beschlossen. Im Herbst 2016 hat der Landtag über dieses Konzept diskutiert und es zur Kenntnis genommen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen hat sie seitdem ergriffen, um das Konzept bei den Schulen und den Schulträgern bekannt zu machen und dafür zu werben?

776. SPD-Fraktion

Abgeordnete Sylvia Lehmann

- Chancen und Umsetzung der gemeinsamen Versorgungsplanung der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg -

Die Berliner rot-rot-grüne Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, die Krankenhausplanung zur sektorenübergreifenden Versorgungsplanung weiterzuentwickeln. Dabei werden geeignete Qualitätsindikatoren herangezogen. Hierbei wird die Koalition in Berlin die Empfehlungen des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) für Qualitätsindikatoren im stationären Bereich nutzen. Die Qualitätsindikatoren sollen in die Krankenhausplanung aufgenommen werden. Für die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg wird langfristig eine gemeinsame Versorgungsplanung für ambulante und stationäre Angebote entwickelt.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Aussagen des Berliner Koalitionsvertrages?

777. CDU-Fraktion**Abgeordneter Prof. Dr. Michael Schierack**- Konzept für die Landesstiftung Branitz -

In der 21. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur am 14.09.2016 berichtete die Ministerin Frau Dr. Münch von den aktuellen Entwicklungen zur Landesstiftung Branitz. Sie kündigte die Stiftungsgründung zum 1. Januar 2018 an und sagte wörtlich: „Ein entsprechendes Konzept sei derzeit in Arbeit und kurz vor der Fertigstellung.“

Auf meine Anfrage ans Ministerium im Januar diesen Jahres, ob das Konzept inzwischen vorliege, erhielt ich am 01.02.2017 die Auskunft, dass es derzeit noch kein Konzept gebe und die Abstimmungen mit der Stadt Cottbus nicht sehr weit gediehen seien.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es ein Konzept der Landesregierung für die Landesstiftung Branitz?

778. SPD-Fraktion**Abgeordnete Tina Fischer**- Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der Geflügelpest („Vogelgrippe“) -

Im November 2016 wurde der Geflügelpest-Erreger das erste Mal bei toten Wildvögeln im Land Brandenburg nachgewiesen - Mitte Februar jüngst auch in meiner Heimatgemeinde Zeuthen. Um der Ausbreitung entgegenzuwirken, trat Anfang Dezember 2016 eine landesweite Stallpflicht in Kraft; trotzdem mussten seitdem um die 155 000 Hühner, Puten und Enten in verschiedenen Großbetrieben getötet werden. Betroffen sind mittlerweile viele Landkreise und Städte in allen Regionen und Himmelsrichtungen des Landes Brandenburg. Die zuständigen Landesbehörden wie auch die Medien tun alles, um eine größtmögliche Information der Bürgerinnen und Bürger im Land sicherzustellen. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank! Dennoch muss es allen Beteiligten in erster Linie darum gehen, die Vogelgrippe im Land zu stoppen, zurückzudrängen und mit ihren Auswirkungen umzugehen.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es auch seitens der Verbraucher und des Handels, auf die aktuelle Situation angemessen zu reagieren, bis die Geflügelpest im Land überstanden ist?

779. CDU-Fraktion**Abgeordneter Gordon Hoffmann**- Förderung der Michendorfer Sportinfrastruktur im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms (KIP) 2016 - 2019 -

Die Gemeinde Michendorf plant, den Naturrasenplatz zu einem Kunstrasenplatz umzubauen. Ein Antrag der Gemeinde Michendorf an das Ministerium auf finanzielle Förderung im Rahmen des KIP wurde mit der Begründung abgelehnt, dass der Fußball-Landesverband Brandenburg das Vorhaben zwar grundsätzlich unterstütze, aber nicht in seine Prioritätenlisten aufgenommen habe.

Ich frage die Landesregierung: Warum ist eine Förderung außerhalb der Prioritätenliste nicht möglich, obwohl das Vorhaben fachlich gerechtfertigt erscheint?

780. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Anita Tack**- Bahnstrecke Templin-Joachimsthal -

Die DB AG hat die Bahnstrecke Templin-Joachimsthal an die Hanseatische Eisenbahn GmbH verkauft. 2004 wurde diese Strecke mit 15 Mio. Euro saniert. 2006 wurde der Personenverkehr vom Land abbestellt. Seitdem wird die 25,9 km lange Strecke für den Güterverkehr genutzt.

Die Landkreise Uckermark und Barnim, die Stadt Templin und das Amt Britz-Chorin-Oderberg haben sich im Interesse besserer Mobilitätsbedingungen in der ländlichen Region für die Bevölkerung und die touristische Entwicklung für die Wiederbestellung von Personenverkehrsleistungen auf dieser Strecke ausgesprochen. Die Kommunen haben einen Projektvorschlag mit finanzieller Beteiligung unterbreitet.

Ich frage die Landesregierung: Was wird sie unternehmen, um auf der Bahnstrecke Templin-Joachimsthal künftig den Personenverkehr im Interesse der Stärkung der Mobilitätsentwicklung im ländlichen Raum wieder zu ermöglichen?

781. SPD-Fraktion**Abgeordneter Udo Folgart**- Gemeinsame EU-Agrarpolitik -

Die Agrarministerkonferenz hat im Dezember 2013 einstimmig die Umsetzung und Ausgestaltung der Reform der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) für die EU-Förderperiode bis 2020 in Deutschland beschlossen. Dazu gehört unter anderem die Einführung der Kleinerzeugerregelung, die Junglandwirteregelung, Unterstützung kleinerer Betriebe durch bundeseinheitliche Zuschläge für die ersten 46 Hektar, die Einführung der Greening-Maßnahmen sowie eine Umschichtung von 4,5 Prozent der Direktzahlungsmittel in die zweite Säule für Ländermaßnahmen. Nun - mitten in der EU-Förderperiode - fordern die Grünen Agrarminister aus Schleswig Holstein und Niedersachsen weitere 15 Prozent der Mittel in die zweite Säule umzuschichten.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die aktuelle Umschichtungsdiskussion angesichts der Ergebnisse im Wirtschaftsjahr 2015/2016, dem mit den Direktzahlungen verbundenen Ziel der Einkommenssicherung der Landwirte, einer verlässlichen Politik (Beschlüsse von München) und der beginnenden EU-weiten Diskussion zur EU-Agrarpolitik ab 2020?

782. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg**- Kein Eintrittsgeld für die Parks und Gärten -

Im Ergebnis einer repräsentativen Umfrage unter den Potsdamerinnen und Potsdamern, die die Stadtverwaltung durchgeführt hat, sprach sich eine deutliche Mehrheit gegen die Einführung eines Eintrittsgelds für den Park Sanssouci aus. Damit liegt nach einer langen öffentlichen Diskussion erstmalig ein objektiver Nachweis einer solchen Ablehnung vor. Die Befragung ist durchgeführt worden, um eine Grundlage für das weitere Vorgehen zu haben, da der mit der Schlösserstiftung abgeschlossene Vertrag 2018 ausläuft.

Ich frage die Landesregierung: Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus dem Umfrageergebnis für ihr weiteres Vorgehen im Stiftungsrat der Schlösserstiftung?

783. SPD-Fraktion

Abgeordneter Björn Lüttmann

- Radweg entlang der B 273 zwischen Wensickendorf und Wandlitz -

Im Juni 2016 teilte das Infrastrukturministerium auf meine Nachfrage mit, dass der Baubeginn für den Radweg entlang der B 273 zwischen Wensickendorf und Wandlitz für das Frühjahr 2018 geplant ist. Bis zum dritten Quartal 2016 sollte der notwendige Planfeststellungsbeschluss vorliegen, um mit der Ausführungsplanung sowie erforderlichen Ausschreibungen beginnen zu können.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Liegt der Planfeststellungsbeschluss für den Radweg an der B 273, mit dem die Baumaßnahme wie geplant im Frühjahr 2018 begonnen werden kann, vor?

784. SPD-Fraktion

Abgeordnete Dr. Ulrike Liedtke

- Diskurs - 400 Jahre nach dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges -

Der Dreißigjährige Krieg 1618 - 1648 hinterließ Verwüstungen von Dörfern und Städten, Schlachtfelder, in einigen Gebieten starben bis zu 80 Prozent der Bevölkerung. Söldner aus ganz Europa kämpften gegeneinander. Das Museum des Dreißigjährigen Krieges in der Alten Bischofsburg in Wittstock dokumentiert eindrucksvoll Ursachen, Verlauf und Folgen des Dreißigjährigen Krieges. Heute kann der Beginn der Friedensbewegung in Europa auf das Jahr 1618 datiert werden. Ein Diskurs über Krieg und Frieden 2018 - nach 400 Jahren Kriegsbeginn des Dreißigjährigen Krieges - erscheint sinnvoll.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Weise erinnert Brandenburg 2018 an den Dreißigjährigen Krieg?

785. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Benjamin Raschke

- Umsetzung Konzept zum Erhalt der Obstbauversuchsstation Müncheberg -

In der traditionsreichen Obstbauversuchsstation Müncheberg werden für Forschungszwecke seit fast 90 Jahren Obstsorten angebaut, derzeit auf 32 Hektar über 1 000 Apfelsorten, etwa 100 Sorten Birnen, 50 Sorten Kirschen und 25 Aprikosensorten. Sie stellen einen wertvollen Saatgut-Schatz einheimischer Obstsorten dar und sind angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung und Globalisierung des Obstbaus unter anderem für die Förderung regional produzierter Lebensmittel von hoher Bedeutung. Minister Jörg Vogelsänger stellte im Herbst 2016 ein Konzept zum Erhalt der Station vor und im Haushalt wurden Finanzmittel für die Zeit ab 2017 eingestellt. Mitte Februar 2017 gab es Kritik von einer lokalen Initiative, dass - trotz der Zusicherungen des Ministers - die Situation der Obstbauversuchsstation in Müncheberg immer prekärer werde.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand der Umsetzung des Konzeptes zum Erhalt der Obstbauversuchsstation Müncheberg?

786. SPD-Fraktion

Abgeordnete Simona Koß

- Sicherheitspartner -

Der 1995 geregelte Erlass zur „Kommunalen Kriminalitätsverhütung (KKV)“ wird derzeit vom Ministerium überarbeitet und es ist sicher sehr bald mit der überarbeiteten Version zu rechnen.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Wie lauten die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte der überarbeiteten Version?

787. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter René Wilke

- Lichtspieltheater der Jugend als Museumsstandort -

Das ehemalige Lichtspieltheater der Jugend im Zentrum der Stadt Frankfurt (Oder) zerfällt seit vielen Jahren. Mittlerweile hat es einen traurigen baulichen Zustand erreicht. Es ist eines der bekanntesten Gebäude der Stadt, eine identitätsstiftende Stätte der Erinnerung im Herzen der Stadt.

Versuche zur Reaktivierung durch private Investoren scheiterten bis dato. Ein rentables Nutzungskonzept für privates Engagement erscheint - mit Blick auf Instandsetzungs- und Investitionskosten - unrealistisch.

Ein Engagement durch die öffentliche Hand erweist sich für die Rettung und Nutzung des Objekts als unbedingt erforderlich.

Vor einigen Monaten wurde vonseiten des Kulturministeriums (Staatssekretär Gorhold) bei einem Besuch in Frankfurt, vorsichtige Offenheit für neue, insbesondere kulturelle Nutzungsideen mit Landesunterstützung signalisiert.

Im Zuge der Diskussionen zur Fusion der Museen in Cottbus und Frankfurt (Oder) hat Frau Dr. Kremeier den Zustand der Arbeits- und Ausstellungsräumlichkeiten in Frankfurt kritisiert. Sie mahnte dringenden Handlungsbedarf für die Zukunft an.

Eine Erweiterung der Ausstellungs- und Veranstaltungsräumlichkeiten im ehemaligen Lichtspieltheater der Jugend wird seit dem in der Stadt diskutiert. Ohne Unterstützung des Landes ist diese Option jedoch kaum denkbar.

Ich frage daher die Landesregierung: Gibt es von ihrer Seite prinzipielle Offenheit zur Prüfung von Unterstützungsoptionen bei der Reaktivierung des ehemaligen Lichtspieltheaters der Jugend zum Beispiel als Bestandteil der Fusion zum gemeinsamen Landesmuseum?

788. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Anke Schwarzenberg
- Kommunale Badestege -

Medienberichten zufolge hat der Versicherer Kommunaler Schadensausgleich die Gemeinde Lychen aufgefordert, einen Badesteg abzureißen, wenn keine Betreuung durch eine Aufsichtsperson gewährleistet werden kann. Hintergrund ist, dass Schadensfälle bei der Nutzung des Badestegs nicht durch die Versicherung abgedeckt sind.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie diese Forderung des Versicherers Kommunaler Schadensausgleich?

789. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordnete Heide Schinowsky
- Geplante Erdgasförderung in der Uckermark -

Das niederländische Förderunternehmen Jasper Resources plant, im Nordosten Brandenburgs nach Erdgasvorkommen zu suchen. Der Kurort Templin (Uckermark) befürchtet den Verlust seiner touristisch erschlossenen Thermalwasser-Quelle. Grund sind Probebohrungen und eine mögliche spätere Förderung von Erdgasvorkommen in der Region. Medienberichten zufolge wurde das Vorhaben durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereits teilweise genehmigt. Seismische Erkundungen seien in Vorbereitung. Hierfür seien aber noch nicht alle naturschutzrechtlichen Auflagen erfüllt, sagte der LBGR-Präsident Hans-Georg Thiem gegenüber dpa. (vgl: Deutsche Nachrichtenagentur; So, 19.02.2017, 7:00 „Templin will sich Thermalwasser nicht abgraben lassen“)

Ich frage die Landesregierung: Welche naturschutzrechtlichen Auflagen für die Erkundung wurden bislang noch nicht erfüllt? (bitte aufzählen)

790. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Bettina Fortunato
- Ost-West-Rentenangleichung -

Der Rentenversicherungsbericht 2014 hat darauf verwiesen, dass sich die deutlichen Lücken zwischen den Rentenwerten Ost und West nicht von allein schließen werden. Brandenburg hat sich gemeinsam mit Thüringen in den vergangenen Jahren im Bundesrat für eine Rentenangleichung Ost-West eingesetzt.

Jetzt hat die Bundesregierung Mitte Februar 2017 das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz auf den Weg gebracht. Mit diesem sollen die Renten in Ostdeutschland schrittweise bis 2025 auf Westniveau angehoben werden. Zugleich wird der Höherwertungsfaktor der Ostlöhne abgebaut, obwohl nach wie vor die Beschäftigten in den neuen Bundesländern im Schnitt ein Viertel weniger verdienen - trotz gleicher Tätigkeiten. Damit werden viele ostdeutsche Beschäftigte künftig deutlich geringere Renten erhalten als ihre West-Kollegen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die Brandenburgerinnen und Brandenburger?

791. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Dr. Andreas Bernig**- Hartz-IV-Sanktionen -

Die Zahl der von Sanktionen betroffenen Hartz-IV-Bezieher ist im vergangenen Jahr gestiegen. 2016 sind laut Bundesregierung durchschnittlich rund 134 400 Personen pro Monat von Leistungskürzungen betroffen gewesen, etwa 3 000 mehr als im Vorjahr. Die Sanktionen trafen demnach häufig Haushalte mit Kindern. Demnach lebten in jedem dritten von den Leistungskürzungen betroffenen Haushalt Kinder. Auch diese Zahl stieg um 1 700 auf 44 400 im Monatsdurchschnitt.

Jede dritte Leistungskürzung musste nach Widerspruch der Betroffenen ganz oder teilweise zurückgenommen werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie hat sich die Zahl der Sanktionen im Land Brandenburg in den vergangenen drei Jahren entwickelt, auch mit Blick auf Haushalte mit Kindern?

792. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordneter Benjamin Raschke**- Keine Öffentlichkeitsbeteiligung bei geplanter Mastanlage Gölsdorf (Landkreis Oder-Spree) -

Eine im November 2015 gegründete Gesellschaft plant in Gölsdorf (Gemeinde Steinhöfel) die Errichtung einer Schweine- und Rindermastanlage, nur wenige Kilometer neben der bereits bestehenden riesigen Schweinemastanlage in Eggersdorf bei Müncheberg (Märkisch-Oderland). In Gölsdorf sollen zukünftig 900 Bullen und 768 Schweine gemästet werden. Gegen das Vorhaben gibt es in der Region massive Proteste. Das Landesamt für Umwelt hätte durchaus eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) mit Öffentlichkeitsbeteiligung beauftragen können, nutzte aber seinen Ermessensspielraum und teilte am 9. November 2016 im Amtsblatt mit: „Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.“

Ich frage die Landesregierung: Hat das Landesamt für Umwelt für das Ergebnis der Vorprüfung eigene Gutachten in Auftrag gegeben oder sich nur auf Unterlagen, die im Auftrag des Betreibers erstellt wurde, bezogen?

793. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Isabelle Vandré**- Monatelange Sperrung RB12 zwischen Templin und Löwenberg -

Wie die Märkische Oderzeitung am 16. Februar 2017 berichtete, könnte es zwischen dem 22. Mai und dem 16. Juli diesen Jahres zu erheblichen Einschränkungen auf der Linie des RB12 zwischen Templin und Löwenberg kommen. So seien auf Grund jahrelang vernachlässigter Arbeiten an der Strecke nun dringende Bauarbeiten bei Nassenheide notwendig, wie die MOZ weiter berichtete. Informationen zu eventuellem Ersatzverkehr lagen zu dem Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vor.

Ich frage die Landesregierung daher: Welche Kenntnisse hat sie über die geplanten Baumaßnahmen?

794. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordneter Benjamin Raschke
- Hochwasserschutz in Guben -

Der Hochwasserschutz in Guben an der Neiße gliedert sich in mehrere Abschnitte. In zwei Abschnitten (Einlaufbauwerk Umflutkanal Egelneiße und Alte Poststraße) wurde der Hochwasserschutz bereits realisiert. Der Bau eines weiteren Abschnitts (Spundwand als Hochwasserschutzanlage von Neiße km 15+371 bis 15+223) sollte folgen. Jedoch wurde bereits beim Erörterungstermin am 08.09.2016 in Guben vonseiten der Vertreter des Landesamtes für Umwelt geäußert, das Projekt könnte sich verzögern. Der Planfeststellungsbeschluss steht derzeit noch aus.

Daher frage ich die Landesregierung: Wann ist mit dem Baubeginn des weiteren Abschnitts zu rechnen?

795. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordneter Benjamin Raschke
- Potenziellen Mautausweichlern auf die Schliche kommen -

Lübbener Bürger zeigten sich besorgt, dass durch die Einführung der Mautgebühr auf Bundesstraßen der ohnehin geringe Anteil des Durchgangsverkehrs im Falle einer Realisierung der Ortsumfahrt nicht wie angedacht die geplante Ortsumfahrung nutzen wird, sondern zur Mauteinsparung die Ortsdurchfahrt Lübben befahren wird (Plenarprotokoll 6/33 - Frage 629).

Um Straßenabschnitte zu identifizieren, welche von potenziellem Mautausweichverkehr betroffen sein könnten, und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten, hat das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung hat ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Entsprechend den Ergebnissen des Gutachtens sollen Zählstellen eingerichtet werden, an denen Zählungen vor Mauteinführung im Jahre 2017 und nach Mauteinführung in den Jahren 2019 bzw. 2020 durchgeführt werden. Anhand dieser Zählergebnisse und des sich gegebenenfalls daraus ergebenden Nachweises von Mautausweichverkehr werden entsprechende Maßnahmen abgeleitet.

Ich frage die Landesregierung: Wann und wo sollen die Zählstellen für die B 87 und die B 115, insbesondere vor dem Hintergrund der Sperrung der Bahnhofstraße, in bzw. um Lübben eingerichtet werden?